

Auslaufender Mietvertrag

Berlins größter Ambulanz für Heroinabhängige droht das Aus

01.11.21 | 16:42 Uhr

Nach über 20 Jahren ist der größten Substitutionsambulanz Berlins der Mietvertrag gekündigt worden. Die Suche nach neuen Räumen für die etwa 350 schwer Suchtkranken blieb bisher erfolglos. Von der Politik fühlt sich die Einrichtung im Stich gelassen. Von Jenny Barke

Etwa 350 schwer suchtkranke Berlinerinnen und Berliner verlieren voraussichtlich zum Ende des Jahres ihren Substitutionsplatz in der Drogenambulanz in der Kreuzberger Kochstraße. Denn die Substitutionsambulanz steht vor dem Aus, der Mietvertrag endet am 31. Dezember dieses Jahres. Der Vermieter, die Malteser-Stiftung, hat dem Träger Notdienst e.V. Berlin bereits Anfang des Jahres gekündigt und plant nach Angaben der Berliner Drogenhilfe, das Gebäude zu sanieren.

Die Ambulanz für Integrierte Drogenhilfe (AID) in der Nähe des Checkpoint Charlie verliert damit nach 20 Jahren die Anlaufstelle, in der sich Heroin-Süchtige ihre Substitutionsmedikamente wie Methadon und Subutex abholen können. Die Patientinnen und Patienten werden vor Ort von drei Ärzten medizinisch betreut und von acht Sozialarbeitern psychosozial beraten. "Mit unserer Arbeit retten wir täglich Leben. Wir verhindern Todesfälle und behandeln Infektionskrankheiten, z.B. Hepatitis. Wir reduzieren die Beschaffungskriminalität und sorgen für ein sicheres Berlin", heißt es vom Notdienst e.V. Berlin.

Interview | Caritas-
Verband Berlin

**"Der Masterplan gegen
Obdachlosigkeit greift zu
kurz"**

Berliner Gesundheitsverwaltung schweigt zum Fall

Der Geschäftsführer, Michael Frommhold, sucht mit seinen Mitarbeitern seit Anfang des Jahres neue Räumlichkeiten, damit die substitutionsgestützte

Therapie weiter stattfinden kann - vergebens. Auf dem ohnehin äußerst angespannten Immobilienmarkt in Berlin hätte die Einrichtung mit ihrem Klientel kaum eine Chance auf eine Neuvermietung, so Frommhold. "Wir kommen nicht zum Zug, weil wir als suchtmmedizinische Praxis für viele Eigentümer immer ein gewisses Risiko mitbringen. Wenn ich ein Objekt habe, das alle zwei Jahre weiter veräußert wird, dann sind wir als suchtmmedizinische Praxis ein Risiko für den Weiterverkaufswert", so Frommhold.

Deshalb hofft er auf Unterstützung aus der Politik bei der Suche nach Räumlichkeiten. Weil es auf dem freien Markt keine Liegenschaften mehr gebe, so Frommhold, wünscht er sich Hilfe vom Berliner Immobilienmanagement (BIM), die die landeseigenen Liegenschaften verwalten. Doch trotz mehrfacher Anfragen an die verantwortliche Berliner Gesundheitsverwaltung habe die Drogenhilfe in den vergangenen Monaten weder von Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci noch von ihrem Staatssekretär Martin Matz eine Antwort erhalten. "Ich hätte mir gewünscht, dass sich Kalayci und Matz mal einbringen und das Gespräch suchen. Doch sie haben sich gar nicht gemeldet. Dass man im Land Berlin unsere Ambulanz aufgibt, ist für mich ein mittelgroßer Skandal", kritisiert der Geschäftsführer.

rbb-Anfrage an Gesundheitsverwaltung bisher unbeantwortet

Auch auf rbb-Anfrage hat die Gesundheitsverwaltung bis zum Montagnachmittag zunächst nicht geantwortet. Und auch der Vermieter des AID, die Malteser-Stiftung, möchte sich dem rbb gegenüber nicht zu dem Fall äußern. So sieht sich die Stiftung nicht "als Bestandteil der

Thematik", da sie als Vermieter lange vorher informiert und alle Möglichkeiten überprüft habe. Die Stiftung verweist auf die Verantwortung der Politik.

Sollten die Räumlichkeiten der Substitutionsambulanz alternativlos zum Ende des Jahres schließen, hätte das folgenschwere Konsequenzen für die Patientinnen und Patienten, aber auch für das Umfeld, warnt Norbert E. Lyonn, leitender Suchtmediziner der AID Kreuzberg: "Mindestens 350 schwerstsuchterkrankte Patient*innen werden ohne unsere Versorgung von einem Tag auf den anderen auf der Straße stehen. Eine rechtzeitige Vermittlung in andere Berliner Hausarztpraxen wird nur in Einzelfällen und mit großer Anstrengung möglich sein, denn es gibt schon jetzt viel zu wenig substituierende Ärzt*innen in Berlin".

Suche nach Räumlichkeiten für KV "fast unlösbares Problem"

Das bestätigt auch die Kassenärztliche Vereinigung (KV) in Berlin, die inzwischen die AID unterstützt. Am Montag hat die KV einen "dringenden Appell an die Berliner Politik, Hilfsorganisationen und Krankenhäuser in Kreuzberg-Friedrichshain und umliegende Bezirke" gerichtet, die Ambulanz bei der Versorgung der 350 schwerstsuchtkranken Menschen zu unterstützen [kvberlin.de].

Die Vermittlung der Suchtkranken auf andere Arztpraxen und Ambulanzen sei allerdings sehr schwierig, sagt der Berliner KV-Chef Burkhard Ruppert. Denn es gebe zu wenige Praxen, die eine Substitutionsbehandlung anbieten: Nach Angaben der KV sind es in ganz Berlin etwa 100 Praxen, die rund 6.000 Patientinnen und Patienten substituieren.

Auch bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten hat sich die KV inzwischen eingeschaltet, nachdem die Praxis und der Verein mittlerweile ein Jahr erfolglos danach gesucht haben. Doch das sei gerade vor dem Hintergrund des angespannten Berliner Wohnungsmarktes ein "fast unlösbares Problem", sagt der Berliner KV-Chef Burkhard Ruppert.

Verdacht auf
Geheimnisverrat
**Berliner Justiz enttarnt
Hildmann-Spitzel in eigener
Behörde**

Protestaktion am 8. November

Drogenhilfe-Geschäftsführer Frommhold befürchtet, dass viele der Suchtkranken wieder rückfällig werden könnten, sollten die Bemühungen der AID und KV bis zum Ende des Jahres erfolglos bleiben. "Es wird auch Leute geben, die wieder auf die

Straße gehen, die wieder mit Drogendelikten und ähnlichem zu tun haben." Zusätzlich mache ihm Sorge, dass seine auf Drogen- und Suchtberatung "hochspezialisierten" Mitarbeiter keine Perspektive mehr in dem Job hätten. "Wir müssten froh und stolz sein, dass wir so eine Einrichtung hier vorhalten können. Doch diese Mitarbeiter könnten dann weggehen und den Job wechseln."

Am Montag, den 8. November, wollen die Ärzte, Sozialarbeiter und Suchtpatienten mit einer Protestaktion vor ihrer Einrichtung am Checkpoint Charlie auf ihre prekäre Lage aufmerksam machen. Frommhold hofft, damit viele Berliner Vermieter und Politiker zu erreichen und doch noch auf Menschen zu treffen, die geeignete Praxisräume von etwa 500 Quadratmetern anbieten könnten.

Sendung: Abendschau, 01.11.2021, 19:30 Uhr